






Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

22.03.06

Rossmann stellt in Berlin 10-Punkte-Papier der SPD zum Hochschulpakt vor

(Berlin) Ein 10-Punkte-Papier zum Hochschulpakt von Bund und Ländern stellte kürzlich der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete und stellv. bildungspolitische Sprecher seiner Fraktion Dr. Ernst Dieter Rossmann in Berlin vor. Hintergrund des Papiers waren der für die nächsten Jahre erwartete Ansturm von Studienanfängern und die anstehende Föderalismusreform.

Mit 150.000 mehr Studienanfängern rechnet die Kultusministerkonferenz in den Jahren 2007 bis 2018. Die Bildungspolitiker sind sich einig: Diese Prognose erfordert eine gewaltige Anstrengung zur Erhöhung der Studienplätze und zur Qualitätssicherung an den Unis. Über die Art und Weise, wie der Beitrag des Bundes darin aussehen soll, gibt es aber zwischen Union und SPD unterschiedliche Standpunkte: Die Union und Bundesbildungsministerin Schavan wollen über den Ausbau der Forschungsförderung die Universitäten entlasten und damit die Schaffung von mehr Studienplätzen indirekt

ermöglichen. Die SPD setzt sich hingegen für einen „ehrlichen“ Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern ein, der direkt die Lehre an den Unis stärken soll. Nur so ist nach Ansicht der Sozialdemokraten gewährleistet, dass die Länder ihrer Verpflichtung zur Schaffung von mehr Studienplätzen nachkommen werden.

Rossmann: „Es reicht uns nicht, dass der Bund von 2007 bis 2009 den Hochschulpakt mit insgesamt 946 Mio. Euro unterstützen will. Wir wollen auf jeden Fall weiterhin Gestaltungskompetenzen bei der Förderung behalten! Das Wort „Pakt“ impliziert schließlich eine gleichberechtigte Zusammenarbeit und sollte in der Praxis nicht so aussehen, dass der eine Partner das Geld zuschießt, während der andere Partner über seine Verwendung bestimmt.“

Rossmann: „Wir begrüßen den bevorstehenden Anstieg der Studierenden in den nächsten Jahren, denn unser Land braucht im internationalen Wettbewerb mehr akademischen Nachwuchs. Wir können die Bewältigung des Ansturms an Studierenden aber nicht den Ländern überlassen, sondern müssen eine nationale Aufgabe daraus machen. Bund und Länder müssen den Hochschulpakt gemeinsam anpacken, vor allem um eine Schieflage zwischen den Ländern zu vermeiden.“

Darauf zielt auch eine der Kernforderungen des Papiers ab: Die SPD-Bildungspolitiker unterstützen das Stamm-landmodell des rheinland-pfälzischen Wissenschaftsministers Prof. Jürgen Zöllner, wonach jenes Land für die Kosten der Studienplätze aufkommen soll, aus dem die Studierenden kommen und nicht jenes, das die Studienplätze zur Verfügung stellt. Rossmann: „Eine gerechtere Lösung; sie kommt den Ländern zugute, die die Studienplätze schaffen.“ Weitere wichtige Forde-

rungen des Papiers sind unter anderem die langfristige Sicherung des BAföG und die Verbesserung der Studienberatung.

Rossmann wird in der Föderalismusdebatte weiterhin dafür kämpfen, dass auch in Zukunft gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern im Bildungsbereich möglich bleiben, wenn es um Herausforderungen von nationaler Bedeutung geht. Rossmann: „Nicht nur viele Verbände und Experten sehen auch diese Notwendigkeit, sondern auch die Mehrheit der Bevölkerung lehnt eine Kleinstaaterei bei der Bildung ab.“